

# Lieber Küsse als Kopftuch

**TÜRKEI** Was sich seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU getan hat

VON HARTMUT KÜHNE, ISTANBUL

Bülant ärgert sich. Es ist Freitagmittag, eben hat die letzte Vorlesung aufgehört. Der Politologiestudent sitzt im Fakultätsgebäude der Istanbuler Universität. Er könnte sich auf das Wochenende freuen, zumal gerade Nilgün, Bülants Freundin, um die Ecke kommt. Eine Kleinigkeit verdirbt dem 22-Jährigen trotzdem die Laune. „Ich darf Nilgün hier nicht küssen. Eine kurze Umarmung, das ist drin, falls wir jedoch deutlicher zeigen, dass wir ein Paar sind, weist uns ein Professor oder Assistent zurecht“, klagt Bülant.

„Wenn Studenten ihr Diplom mit Alkohol und Popmusik feiern, gibt es auch Ärger. Dann kommen selbsternannte Tugendwächter und stören uns“, ergänzt Nilgün. Sie spricht sehr gut Deutsch, hat die österreichische Schule besucht und studiert nun ebenfalls im letzten Jahr an der staatlichen Universität. Die Studienbedingungen seien ansonsten gut, sagen die beiden. Die Professoren gäben kompetenten Unterricht, die Bibliothek lasse kaum einen Wunsch offen. Der große Campus nahe der Süleymaniye-Moschee im Zentrum Istanbuls wirkt mit seinen weiten Wiesen und schattigen Bäumen als eine Oase in der lärmigen 12-Millionen-Metropole.

Graffiti wie an deutschen Hochschulen sucht man vergebens. „Das ist hier streng verboten“, sagt Bülant. „Nicht nur, weil die Schmierereien hässlich sind, sondern auch, weil die Universitätsleitung Angst hat, jemand könnte politische Parolen auf die Wände schreiben.“ Ein Kopftuch trägt an der Universität niemand, doch an diesem Verbot hat Nilgün nichts auszusetzen. Sie selbst hat enge Jeans an, die Bluse ist weit aufgeknöpft. „Am Kopftuchverbot entscheidet sich alles. Die Regierung möchte das Verbot am liebsten kippen. Die Armee wird das hoffentlich verhindern und auch die EU“, sagt die Studentin. Für Nilgün und Bülant ist der Beitritt zur EU eine Garantie, dass ihr Land nicht in die Hände von Islamisten fällt.

Noch ist die Mitgliedschaft der Türkei allerdings in weiter Ferne, das wissen auch die beiden Studenten. Vor acht Monaten haben die Verhandlungen mit Brüssel begonnen. Die Gespräche beschränken sich bisher auf ein „Screening“: Die Delegationen der EU und Ankaras überprüfen lediglich das bestehende türkische Recht auf seine Vereinbarkeit mit den europäischen Standards. Eben hat Brüssel die Finanzplanung bis 2013 festgeklopft. Für die Türkei ist kein Cent vorgesehen. Die nächsten sieben Jahre gibt es also für Ankara keine Beitrittsperspektive. So rückt der Annäherungsprozess etwas in den Hintergrund. Andere Themen beherrschen die Schlagzeilen. Zum Beispiel die Anschläge der PKK und der wieder aufgeflamte Krieg im Südosten. Die türkische Armee verfolgt die PKK in den Nordirak, wo die kurdischen Kämpfer ihre Rückzugsbasen haben. Zugleich verschärft die Regierung die Sicherheitsgesetze.

Die Opposition kritisiert die neuen Regeln, sie schränken die Pressefreiheit zu sehr ein. Das sieht Mehmet Ali Birand anders. Gut gebräunt sitzt der Fernsehmoderator in seinem großen modernen Studiogebäude aus viel Glas und Stahl am Rand der Innenstadt. Jeder in der Türkei kennt Birand, den „Chief Anchorman“ des Senders Kanal D. Birand hat auch den türkischsprachigen Service des Nachrichtensenders CNN aufgebaut. Öfter hat der Journalist in seinen Sendungen Skandale aufgedeckt und das harsche Vorgehen der Armee im kurdischen Südosten dokumentiert. Gleichwohl hat er an der Regierung der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) wenig auszusetzen. „Wir können frei berichten wie zuvor. Auch sonst ist die Bilanz von Ministerpräsident Erdogan nicht schlecht. Die Wirtschaft läuft gut.“

Letztes Jahr nahm die Wachstumsrate zwar gegenüber 2004 etwas ab, lag aber immer noch bei 7,6 Prozent. Der neue Wohlstand ist unübersehbar. Überall in Istanbul eröffnen Einkaufszentren nach westlichem Vorbild und verdrängen die traditionellen Märkte. Nördlich des Zentrums ist im Stadtteil Levent ein modernes Bankenviertel mit Hochhäusern entstanden. Zudem hat der Bau eines Eisenbahntunnels unter dem Bosphorus begonnen. Der neue Schienenstrang soll die notorischen Verkehrsprobleme Istanbuls entschärfen.

Wirtschaftsreformen sind das eine, wie weit aber wird die AKP darüber hinausgehen, um das Land zu verändern? Die religiöse Agenda der AKP bereitet Birand Sorgen. „Die Partei hat ihren Anhängern viele Versprechungen gemacht, die sie irgendwann einlösen muss.“ Das Kopftuchverbot werde allerdings nicht fallen. „Erdogan liest lieber die Berichte des Internationalen Währungsfonds als den Koran.“

Bisher hat Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer öfter sein Veto eingelegt, wenn die AKP daranging, ihre Macht auszuweiten. So verweigerte er die Ernennung eines neuen, durch Erdogan nominierten Zentralbankpräsidenten, weil die Frau des Kandidaten öffentlich mit Kopftuch auftritt. Nächstes Jahr muss aber ein neuer Staatspräsident durch das Parlament gewählt werden. Die AKP könnte dann mit ihrer Mehrheit unter den Abgeordneten einen ihrer Leute an die Staatsspitze setzen. Vielleicht will Erdogan sogar selbst Präsident werden. Das ist das große Thema in der Türkei. Die Wahl des Staatsoberhauptes wird als entscheidende Weichenstellung angesehen. Der Präsident ernennt die obersten Richter, und diese wiederum urteilen über die bedeutsame Frage, ob das Tragen eines Kopftuchs in Schulen, Universitäten und Behörden weiter verboten bleibt.

„Die AKP kennt ihre Grenzen, sie will das Land anders als die korrupten Vorgängerregierungen modernisieren, nicht aber alles umstürzen“, glaubt Birand. Deshalb werde die AKP eher einen gemäßigten Politiker zum Präsidenten machen. Alles andere, so vermutet Birand, würde auch das Militär nicht akzeptieren. In der Verfassung wurden zwar die Rechte der Generäle eingeschränkt, faktisch reicht jedoch eine Geste der Militärs, um die AKP zum Einlenken zu bringen. So laden die Generäle zu Pressegesprächen und streuen ihre Meinung, die von den Politikern dann befolgt wird. In Umfragen

geben die Türken an, dass die Armee jene Institution ist, der sie am meisten vertrauen. Das gefällt Birand. „Die Generäle sind Garanten für eine laizistische Türkei. Das Militär ist für mich eine sinnvolle Nichtregierungsorganisation, allerdings mit Bajonetten“, lacht der Journalist.

Can Paker kommt nicht ganz so ins Schwärmen, wenn er über die Armee spricht. Der Geschäftsmann hat lange für ein deutsches Unternehmen gearbeitet und leitet jetzt die Tesev-Stiftung, einen privat finanzierten Think-Tank, der sich für die Demokratisierung der Türkei und auch für Minderheitenrechte einsetzt. Sein Land sieht er in einer Umbruchphase. „Früher gab es zwei Ebenen, oben das Militär mit dem laizistischen Establishment, darunter der Rest der Gesellschaft. Jetzt erhält die untere Ebene das Sagen. Wir erleben den Übergang von einem autoritären Regime zu einer liberalen Demokratie.“ Diese Entwicklung sei nicht vom Militär gesteuert, sondern komme aus der Bevölkerung heraus. „Allerdings ist die Lage instabil. Scheitern die Verhandlungen, kehren die alten Gardien zurück und verdrängen die AKP von der Macht.“ Dann freilich könnten Bülant und Nilgün nie auf dem Campus ein Bier trinken, und auch ihre Küsse blieben verboten.